

Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Herausgeber Nr. 27

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Jahr 0,90 RM. frei ins Haus, ein drittel der Belagen. Mein Garten", "Die Frau und ihre Welt", "Der heitere Altag", "Reise und Erholung", "Unterhaltungsbeilage". Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 RM. Im Hause höherer Gewalt wird kein Schadenerlass geleistet.



Teleg. Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die lehsgesparten 3 mm hohe (Petit) Zeile oder deren Kürze mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rubrik. Anzeigen kosten pro Zeile 10 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerühr für öffentl. Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbeiträgen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

und Verlag: Buchdruckerei Hugo Manzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 112

Sonntag, den 18. September 1932

25. Jahrgang.

Bor neuen Entscheidungen

Kabinettsrat über Zinsfrage und Einfuhrbeschränkung — Das diplomatische Revirement

Bon Woche zu Woche

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die Tage der Gegenwart sind gekennzeichnet durch eine Art des Schehens. Der Reichstag vom 31. Juli, der sich in seiner ersten Sitzung so überraschend schnell konstituierte, in seiner zweiten Plenarsitzung ebenso überraschend aufgelöst wurde, noch ehe der Reichsanziger Rechenschaft über die Arbeit der neuen Regierung ablegen und das Programm für die weiteren Arbeiten festzulegen konnte. Über die Positionen der Parteien, die dahin getroffen waren, möglichst bald eine arbeitsfähige Mehrheit zu erlangen, sind durch den kommunistischen Vorstoß und das Ausstellen eines Widerspruchs gegen die Vornahme der Zustimmungen über den Haufen geworfen worden.

Dem neutralen Beobachter will es scheinen, als hätte er durch ein Weniger an Tafit dem deutschen Volke manches eropirt werden können. Nachdem nun der Reichstag tot und in der Ashe auch nicht ein Funke übergeblieben ist, man mit kräftiger Lunge wieder zu einer Flamme entzünden kann, müssten die scharfen Auseinanderlegungen, die nach der dramatischen Aufführung einsetzen und die dann im Ausdruck zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ihre Fortsetzung gefunden haben, möglichst zum Abschluß gebracht werden. Unsere Lage erfordert es immer eine breite nationale Zusammenarbeit. Wie 1914 mit dem deutschen Heere Männer aller Volksrichten und aller Weltanschauungen Seite an Seite für die Verteidigung der Heimat ausgezogen sind, so müssen wir jetzt auch den Bruch aus der Wüste der Wirtschaftsknot und der deutschen Entwicklung gemeinsam antreten.

Während so die stürmischen Vorgänge im Reichstag den Hauptpost für die politische Diskussion der letzten Tage abgegeben haben, hat die französische Regierung in ihrer Antwort auf die deutsche Wehrkraftschrift höflich und in der Sache rund heraus der Reichsregierung mitgeteilt, daß Frankreich allen Ernstes dem deutschen Volke die Gleichberechtigung in der nationalen Verteidigung verweigern und den Sitzungsbereich des erstmals "Abstimmungsabkommen", das kaum durchgreifende Abstimmungsmahnen enthalten wird, auf die sogenannten Siegerstaaten und die ehemaligen Neutralen begrenzen will, während Deutschland nach wie vor den harten und gründlichen Entwurfsvestimmungen des Diktatvertrages von Versailles unterworfen bleibt.

Angewischt hat nun die Reichsregierung der Abrüstungskonferenz in aller Form mitgeteilt, daß Deutschland vor der Anerkennung seiner Gleichberechtigung an den weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen wird. Wie in der letzten Woche auch das Büro der Abrüstungskonferenz ohne die Teilnahme einer deutschen Delegation und vor die Gesetz hin, vergebliche Arbeit zu leisten, verhandeln müssen. Den toten Punkt in Genf aber wird man dadurch nicht überwinden, daß man Deutschland, wie z. B. England vorschlagen will, grundsätzlich die Gleichberechtigung zugestellt, praktisch dem Reich jedoch die Verteidigung abnimmt, von diesem Recht keinen Gebrauch machen, wogegen sich die Militärmächte zu Abrüstungsmahnen über den letzten Entschließungsentwurf hinaussetzen erklären sollen.

So umstritten innerpolitisch die Stellung des Kabinetts von Papen sein mag, in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit spricht die Reichsregierung im Namen des gesamten deutschen Volkes. Und so kann man der Regierung hier nur das nationale Sprichwort zur Beherzigung empfehlen: "Satt' gut und reile getrost!"

Es ist törichtes Geschwätz, wenn Deutschland im Ausland verächtlich wird, es wolle aufrüsten, während die anderen Mächte den Rüstungspanier ablegen möchten. Warum ausgerechnet wir, die wir unsere schweren Geflüchte verlachtet haben, die wir weiter Unterwerbung noch abrüttigen müssen und nach jeder Seite hin offen wagen haben, die Abrüstung verhindern wollen? Das wäre ein nationales Selbstmord. Aber so sehr Deutschland aus innerer Überzeugung jede ernsthafte Abrüstungsmöglichkeit ausschließen wird, so denken wir anderseits doch nicht daran, dass durch die Welt zu gehen und eine Stabilisierung der Rüstungen weit über dem Niveau der deutschen Abrüstungsbeschränzung schon als eine Weltabrüstung zu verstehen ist, mit der die anderen Mächte ihrer Verpflichtung aus dem Besitz der Rüstungsmenge leisten. Das deutsche Volk verzweifelt gegen die französischen Verdächtigungen und bestreitet es, wie es der Aufklärungsstaatsdurch für nationale Sicherheit in einem Brief an den Reichsaußenminister mit erstaunlicher Deutlichkeit festgestellt hat, als eine Verhöhnung, wenn uns die weitere Erfüllung eines Vertrages zugemutet wird, mit dessen Durchführung die andere Seite seit Jahr und Tag im Verzug geist.

Und spricht es nicht auch von schlimmster Begriffsverwirrung, wenn das bis an die Zähne bewaffnete und durch einen als uneinnehmbar geprägten Festungswall gesetzte Frankreich jetzt selbst in der Berufung eines Reichskuratoriums für Jugendförderung eine Gefahr für seine Sicherheit und eine Verleugnung der Militärlösungen des Verfassers, "Vertrags" erblickt will? Wer die Militärlösungen des Verfassers dahin auslegen will, daß sie für Deutschland ein Verbot enthalten, seine Jugend in Wandern, Ordnungs- und Geländeübungen körperlich zu stärken, sie zur Willenskraft, Ausdauer, Selbstbeherrschung, Kameradschaft und Distanzstärke auszubilden zu erziehen und in der Liebe zum gemeinsamen Vaterland und zum Boden der Heimat zu stärken — und das ist offiziell als die Aufgabe des Reichskuratoriums für Jugendförderung bezeichnet worden — der macht sich eines Attentats auf die deutsche Volkskraft schuldig, bei dem ihm hart auf die Finger geklopft werden wird.

"Keine große Nation wird je zu bewegen sein", hat Bismarck einmal gesagt, "ihr Beistehen auf den Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen." Bismarck hat damit sicher nicht lügen wollen, daß internationale Verträge ein falsches Papier sind. Wohl aber enthält dieser die tiefe Erkenntnis, daß selbst Verträge sich überleben können und ihre Durchführbarkeit unmöglich werden kann. Wenn diese Gebräuchlichkeit aber schon Verträge anhaftet, die in freier Vereinbarung zustande gekommen sind, um wie viel mehr muß das für einen "Vertrag" gelten, der ausschließlich das Werk einer Erpressung ist?

Die deutsche Offensive gegen das Diktat von Versailles muß und wird daher fortgelebt werden, unbekümmert um das Geschrei der Rügnieher dieses Diktats. Wenn damit bis zu 6 Stunden für den Völkerbund beginnen — auch von Italien und von Ostien her zieht schwarzes Gewölk gen Genf heran — wenn mit dem Verlusten der Illusion von der Möglichkeit einer europäischen Zusammenarbeit im Rahmen der Verfassler Neuordnung die Genfer Institution in ihren Grundfesten zu wanken beginnt, dann liegt das schließlich nicht an unserer Bosheit oder an der Ungebürtigkeit des deutschen Volkes, sondern einzig und allein daran, daß auf Genf so recht das Wort des Servitibus aus dem "Bauft" paßt: "Ein Dilettant hat es geschrieben, und Dilettanten spielen's auch."

Zinsfrage und Kontingente

Berlin, 17. September.

In wirtschaftspolitischen Kreisen sieht man mit großer Aufmerksamkeit der Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage der Zinsfestsetzung und der Einführung von Einfuhrkontingenten entgegen. Zur Debatte stehen die Fragen in einer Sitzung des Reichstabsinnes, die im Verlaufe des heutigen Sonnabends unter dem Vorsitz des Kanzlers stattfinden wird.

Die Stellungnahme der Industrie zu diesen Verhandlungen kommt in einem Schreiben zum Ausdruck, daß der geschäftsführende Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Rast, an den Kanzler gerichtet hat. In diesem Brief heißt es:

"Die deutsche Industrie begrüßt das von der Reichsregierung begonnene Reformwerk mit großen Hoffnungen, da es geeignet ist, der privaten Initiative endlich wieder die Möglichkeit freie Entwicklung zu geben."

Geheimrat Rast kommt dann in seinem Brief weiter, Kontingentermittlungen würden dem Leitgedanken der Reichsregierung widersprechen, da ihnen außenhandelsmonopolistische Tendenzen innewohnen. Außerdem würde die Wirklichkeit einer Landwirtschaftshilfe durch Einfuhrkontingente dadurch beträchtlich verschärft, daß das Ausland Abwehrmaßnahmen treffe, durch die wiederum die deutsche Industrie getroffen und die Kaufkraft in Deutschland ungünstig beeinflußt werde. Die Industrie bitte daher die Reichsregierung um eine nochmalige Prüfung der Frage der Einfuhrkontingente unter Würdigung der Gesamtinteressen, die auf dem Spiele ständen.

Der Zweckverband der Industrie- und Handelskammer Baden, Dortmund, Essen und Münster begrüßt in einer Erklärung das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung als einen großangelegten Versuch, durch starles Eingreifen der Staatsgewalt die privatwirtschaftliche Initiative wieder zu entlasten und eine konjunkturwende herzustellen. Ein solches Eingreifen der Staatsgewalt sei seit langem eine bittere Notwendigkeit.

Erklärung des Landbundes Thüringen

Weimar, 17. September.

Die der Auffassung der Industrie entgegengesetzte Meinung der Landwirtschaft in der Konjunkturierungskraze

kommt in einer Entschließung des Landbundes Thüringen zum Ausdruck. Diese Entschließung begrüßt die staatspolitische und die außenpolitische Arbeit des Kabinetts von Papen, enthält dagegen Bedenken gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen. Bisher sei die Landwirtschaft bei allen Anstrengungs- und Förderungsmaßnahmen nur ins zweite oder dritte Glied geführt worden. Weder auf der Einnahmeseite noch auf der Ausgabeseite sei die Rentabilitätsgrundlage der Landwirtschaft bisher sühbar entlastet worden. Die brennendsten Fragen der Veredlungswirtschaft, der Konkurrenzierung der Einfuhr, der Zinssteuer seien bisher noch völlig ungelöst.

Deutscher Botschaftschub

Vor grundlegenden Veränderungen in der deutschen Diplomatie.

Berlin, 17. September.

Die Gerüchte über wichtige Veränderungen in der deutschen Auslandsvertretung verdichten sich jetzt dahin, daß zunächst ein Wechsel in der Leitung der deutschen Botschaften in London, Paris und Rom stattfinden wird.

Als neuer Botschafter in Paris wird der jehige Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Köster, genannt. Der jehige Botschafter in Paris, Herr von Hoesch, soll als Nachfolger des jehigen Außenministers von Neurath nach London gehen. Botschafter Dr. von Schubert, der unter Stresemann Staatssekretär im Auswärtigen Amt war und Deutschland neuerdings in Rom vertritt, soll zur Disposition gestellt und durch den jehigen Gesandten in Belgrad, Herrn von Hassel, abgelöst werden.

Weiter wird nach den Präsidialwahlen in Amerika auch eine Neubesetzung des deutschen Botschaftspostens in Washington erwartet. Gegenwärtig wird Deutschland in Washington durch Herrn von Brittwitz-Gaffron vertreten.

Über die Veränderungen in den deutschen Gesandtschaften verlaufen, der frühere Reichspräsident, Ministerialdirektor Zedlitz, werde als Gesandter nach Mexiko geben. Der bisherige Gesandte in Mexiko, Will, wird zur Disposition gestellt werden. Das gleiche gilt für den bisherigen Gesandten in Libanon, Hörmann, dessen Nachfolger der jehige Unterstaatssekretär im Völkerbund, Dufour-Ferencz, werden soll. Den Belgrader Posten soll der jehige Leiter der Kulturbteilung im Auswärtigen Amt, Freytag, übernehmen.

Kanzlerreise nach München

Garantien für die Selbständigkeit und finanzielle Unabhängigkeit der süddeutschen Länder und Sachsen?

München, 17. September.

Reichskanzler von Papen wird Anfang Oktober als Gast der bayerischen Industrie, die eine Verbandstagung veranstaltet, in München erwarten. Dem Vernehmen nach wird auch Reichsinnenminister von Gagl anlässlich einer Reise durch das bayerische Grenzland München einen Besuch abhalten.

Im Zusammenhang mit diesen Besuchen und der Anwesenheit des Herrn von Lersner in München wird der Artikel einer Nürnberger Zeitung beachtet, in dem behauptet wird, die Reichsregierung habe in letzter Zeit mit der bayerischen Regierung eng Führung genommen.

Die Reichsregierung sei bereit, im Rahmen der bevorstehenden Reichsreform Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden Garantien für die Erhaltung ihrer Selbständigkeit und zu geben und durch eine Änderung des Finanzausgleichs die finanzielle Unabhängigkeit dieser Länder wiederherzustellen.

Am übrigen ist in diesem Artikel noch von einer angeblich erweiterten Umwandlung der preußischen Provinzen in Neßländere die Rede.

Von untersterter bayerischer Seite wird dazu mitgeteilt, es sei falsch, von einer Kursänderung in der bayerischen Politik zu sprechen. Die bayerische Staatsregierung lehnt es gewolten, die durch Überreicherung einer dauerhaften Deutschrif zur Frage der Reichsreform die Initiative ergriffen habe. Gegenwärtig fördern Verhandlungen nicht statt. Es dürfe aber als selbstverständlich angenommen werden, daß die Reichsregierung die ihr überreichte Deutschrif überprüfe.

Deutsches Nein in Genf

Das deutsche Abstimmungsschreiben an den Abrüstungspräsidenten überreicht.

Genf, 17. September.

Das mit großer Spannung erwartete Schreiben der Reichsregierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, ist nunmehr durch den deutschen Generalsekretär, dem Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundessekretariats, Aghnides, überreicht und anschließend Henderson nach London telephonisch übermittelt worden.

